

KASSELER LINKE GEGEN HARTZ IV

Prekär ist am Rande der Katastrophe zu sein

Prekär ist am Rande der Katastrophe zu sein“, so ein 44 jähriger Akademiker, Hochschulingenieur-ökonom, zuletzt Niederlassungsleiter im Außendienst.

Betriebsbedingte Kündigung 2003, seit 2006 Bezieher von ALG II. (*)

Die Armut, die Verelendung großer Bevölkerungsschichten, hat inzwischen auch die Mitte der Gesellschaft erreicht. Aber nicht nur Arbeitslosigkeit ist die Ursache dafür, sondern auch Armut trotz Arbeit! Die Unternehmer zahlen immer weniger Lohn. Schon jetzt arbeiten ca. 7 Millionen Menschen im sog. „Niedriglohnssektor“. Das Wort klingt fast neutral, tatsächlich handelt es sich um „Lohndumping“. Der Lohn wird so runtergedrückt, dass ca. 1 Million Menschen trotz Arbeit Arbeitslosengeld II erhalten, weil sie von dem geringen Lohn, den die Unternehmer zahlen, nicht leben können. Immer dreister werden bisher gesicherte Arbeitsplätze vernichtet, beschönigend heißt es „abgebaut“ oder „verlagert“. Stattdessen gibt es, wenn überhaupt „Ich-AG“s, befristete Arbeitsverhältnisse, projektbezogene Arbeit, Arbeit auf Abruf und als Folge davon Zeitarbeitsfirmen, die wie Pilze aus dem Boden schießen.

Hauptursache für diese skandalöse Entwicklung ist die unsoziale Gesetzgebung, die die Arbeit immer mehr entwertet und gleichzeitig das Kapital in bisher nicht gekanntem Ausmaß unterstützt. Angefangen hat dieser Skandal mit der SPD/GRÜNE Regierung unter Kanzler Schröder und fortgesetzt wird er in der Großen Koalition der CDU und SPD. Frei nach dem Motto: „Die Gewinne privatisieren und die Verluste sozialisieren!“.

HARTZ IV ist ein Synonym dafür. Der Namensgeber und enge Berater von Kanzler Schröder, Peter Hartz, wurde zwischenzeitlich verurteilt.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ heißt es in unserem Grundgesetz, im Artikel 1 der Grundrechte. In der Realität Fehl-



Im März teilte die Bundesagentur für Arbeit mit, dass 1,928 Millionen Kinder bis 15 Jahren Sozialgeld beziehen. Die Kasseler Linke.ASG kämpft u.a. für einen Kommunalen Bildungsfond um die Chancengleichheit wiederherzustellen.

zeige: Nicht die Würde des Menschen ist unantastbar, sondern das Kapital wird unantastbar gemacht! Aber: Kapitalismus ist kein Schicksal, sondern von Menschen gemacht!

In ihren „Armutsbereichten“ schlagen inzwischen auch Kirchen und Verbände Alarm! Sie klagen besonders an, dass immer mehr Kinder und Jugendliche in verarmten Verhältnissen leben müssen. Gleiche Startchancen? Können sie vergessen! Schlechtere Wohnverhältnisse, mehr Lärm und Abgase, schlechteres Essen, schlechtere Gesundheit, schlechtere Startchancen von Anfang an.

Gleiche Chancen für Alle!

Die Kasseler Linke.ASG kämpft auf kommunaler Ebene für bessere Lebensbedingungen der finanziell und sozial Benachteiligten. Zwei Beispiele: Sie fordert bezahlbares bis kostenloses Mittagessen für alle Kinder und Jugendliche. Sie for-

dert einen „Kommunalen Bildungsfond“, durch den die Benachteiligten schnelle finanzielle Unterstützung u.a. für notwendiges Schulmaterial bekommen. Allein die Kosten für die Einschulung bedeutet für viele Eltern eine finanzielle Katastrophe, weil diese tatsächlichen Ausgaben bisher in keiner Weise gedeckt werden. Außerschulische Aktivitäten, wie die Mitgliedschaft in Sportvereinen und im kulturell und musischen Bereich sollen kostenlos sein. Das sind nur 2 Beispiele für die Ausgrenzung, die mit der finanziellen Misere verbunden ist.

Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer

* Das Zitat ist aus dem Buch: Jahrbuch für Menschenwürde: Voll prekär – total normal?

INTERVIEW BÜRGERHAUSHALT

Bürgerhaushalt wiederbeleben

Interview mit Horst Peter. Er war von 1980-1994 MdB und Sprecher der SPD Fraktion für das Petitionsrecht. Er engagiert sich für mehr Bürgerbeteiligung und hat die Idee für ein kommunales Petitionsrecht eingebracht. Im Zuge seines Engagements bei dem Projekt *eine andere Welt/ein anderes Kassel/wie denn*, hat er sich für einen Bürgerhaushalt von unten ausgesprochen.

Wieso forderst Du einen Neustart des Bürgerhaushalts?

Die Idee ist so gut, dass ich einen Neuanfang lohnend finde, der die Fehler des ersten Versuchs vermeidet und zu echter Bürgerbeteiligung führt.

Welche Fehler wurden Deiner Ansicht beim ersten Bürgerhaushaltsversuch im letzten Jahr gemacht?

Das Projekt wurde nicht genügend vorbereitet und vor dem Start auch nicht mit Bürgern und Bürgerinnen diskutiert. Die Orientierung zielte nicht auf die vie-

len Bürger und Bürgerinnen, die sich in Verbänden und Vereinen für das Wohl der Stadt eingesetzt haben. Ein Beispiel sind die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Agenda 21 Prozesses, sondern beschränkte sich auf eine zufällige Auswahl von Kasselern. Außerdem wurde vom Magistrat von vorneherein der mögliche Einfluss auf den Haushalt heruntergeredet, was demotivierend wirkte. Trotzdem gab es einige ernst zu nehmende Vorschläge, wie: eine seriöse Prüfung der Entscheidungsgrundlage des Flughafen Kassel Calden vorzunehmen oder Maßnahmen zur Minderung der Feinstaubbelastung zu ergreifen, die in Verwaltung und Magistrat nicht ernst genommen wurden und im Parlament keine Mehrheit fanden.

Welche Ideen stecken hinter der neuen Bürgerhaushaltsinitiative?

Die Information über die Rahmenbedingungen des Haushalts muss so frühzeitig erfol-

gen, dass Vorschläge im Vorfeld der Aufstellung des Haushaltsentwurfs bereits diskutiert werden können.

Die natürlichen Partner der Bürger und Bürgerinnen sind die Stadtverordneten. Sie sind der Hauptadressat der Bürger-vorschläge. Für die Beratung der Haushaltsrahmendaten und der Vorschläge empfehle ich die Einrichtung einer Haushaltswerkstatt. Damit wird ein Beratungsprozess sichergestellt und den Vorschlägen die Zufallskomponente genommen. Träger der Haushaltswerkstatt könnte die vhs oder ein erneuter Agendaprozess sein.

Dass der Vorschlag realistisch ist, zeigt das Beispiel der Stadt Nürtingen. Dort hat die Haushaltswerkstatt Antragsrecht im Stadtrat und kann die Anträge dort mündlich begründen. Beginn eines erneuten Prozesses müsste der Jahresanfang 2008 sein.



Verständlich aufgearbeiteter Rechenschaftsbericht zum Haushalt der Kommune Kopenhagen

BILDUNGSLANDSCHAFT HESSEN

Der Weg zur Privatisierung der Erwachsenenbildung?

Die Hessische Landesregierung plant eine massive Umgestaltung der Erwachsenenbildung in Hessen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist Hessen Campus, vorher Zentren lebensbegleitenden Lernen. Hessen Campus ist geplant als Zusammenschluss der verschiedenen Träger der Erwachsenenbildung. Auch in Kassel hat sich eine Initiative gegründet, die einen Hessen Campus aufbauen will. Daran beteiligen sich neben der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel u.a. die Volkshochschule, die Bundesagentur für Arbeit, etliche berufliche Schulen, das Hessenkolleg und die VW Coaching GmbH. Die von der Kasseler Entwicklungspartnerschaft formulierten Ziele klingen erst einmal positiv. Es ist richtig, Kompetenzen und Ressourcen zu bündeln, um Menschen, insbesondere Jugendlichen, die keinen Schulabschluss und keine qualifizierte Ausbildung haben, eine Perspektive zu eröffnen.

Schaut man sich aber die Vorstellungen der Landesregierung an, wird deutlich, wo-

hin die Reise gehen soll. Schon die Begriffe sind verräterisch: Modularisierung, Zertifizierung, Feststellung kurzfristiger Bedarfe, bedarfsgerechte Angebote etc. Hinter diesen Formulierungen verbirgt sich eine Einschränkung des Bildungsbegriffs auf direkt ökonomisch verwertbare (Teil-) Qualifikationen, denn die „Bedarfe“ (!) sollen von der Wirtschaft vorgegeben werden. Zitat aus dem entsprechenden Konzeptentwurf: „Damit bietet die Region Kassel mehr als Bildung, wir bieten Perspektiven!“ Eine wirkliche Bildung, die auch zu selbstständigem Denken und Handeln führt, ist dies nicht. Bildung wird zur Ware degradiert, zu einer marktfähigen Ausbildung, für die man am Ende auch noch zahlen muss. In einer Demokratie darf Bildung keine Ware sein. Sie ist gesellschaftlich zu wichtig, denn sie bildet die Voraussetzung, und zwar nicht nur für berufliches Weiterkommen, sondern auch für eine demokratische Teilhabe und für die kulturelle Entwicklung der Gesellschaft. Ein Stichwort

dafür ist der mündige Bürger, die mündige Bürgerin.

Ob es den lokalen Akteuren der Entwicklungspartnerschaft gelingen kann, ihre eigenen Vorstellungen zu verwirklichen, erscheint unwahrscheinlich. Der Druck, über die Vergabe von finanziellen Mitteln letztlich auch die inhaltliche Richtung vorzugeben, erweist sich oft als die stärkere Kraft.

Die Kasseler Linke.ASG befürchtet, dass es im Rahmen der engeren Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Bildungsträgern zu einer noch stärkeren Ökonomisierung der Bildungsangebote und damit zur Reduktion auf wirtschaftlich verwertbare Angebote kommen wird.

Die Kasseler Linke.ASG wendet sich dagegen und verlangt, dass der Magistrat die kommunalen Gremien regelmäßig über die Entwicklung des Aufbaus des Hessen Campus informiert, um eine demokratische Kontrolle der Entwicklungen zu gewährleisten.

Martin Gertenbach, Marlis Wilde-Stockmeyer

INTERVIEW ABENDSCHULE

Hessen campus in Kassel

Interview mit Wolfgang Stiebritz, Mitglied im Vorstandsteam der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung der GEW Hessen und Lehrer an der Abend-schule Kassel

Die Abendschule Kassel und das Hessenkolleg sollen zusammengelegt werden. Wie wird sich dies deiner Einschätzung nach auf die Angebote im Bereich der Erwachsenenbildung auswirken?

Das kommt darauf an. Das CDU-geführte Kultusministerium hatte ursprünglich vor, die Abendschule zu zerschlagen. Das Abendgymnasium sollte mit dem Hessenkolleg in der Witzenhäuser Straße zusammengelegt werden. Die Abendhauptschule und die Abendrealschule sollten als „Restschule“ an unserem jetzigen Standort in der Ysenburgstraße (im selben Gebäude wie das Goethegymnasium) bleiben. Der zuständige Referatsleiter beim Kultusministerium liebäugelte sogar mit dem Gedanken, die Schulzweige für die angeblich Schulschwachen und die Benachteiligten zu schließen. Die Verwirklichung dieser Pläne wurde durch Aktivitäten des Personalrats der Abendschule und durch Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung verhindert. Heute ist unstrittig, dass die Einheit der Abendschule erhalten bleibt. Geplant ist, sie im Gebäude des Hessenkollegs unterzubringen. Will man das bisherige Angebot beider Schulen aufrechterhalten, muss das Gebäude des Hessenkollegs um mindestens sieben Räume ausgebaut werden. Die Mittel dafür sollen teilweise von der Europäischen Union kommen. Wenn dieses nicht gelingt, gibt es keine Alternativplanung für die Zukunft der beiden Schulen.

Unabhängig davon kann man feststellen, dass die Studierendenzahlen an der Abendschule, seitdem der alte Schulleiter 2004 in den Ruhestand getreten ist, kontinuierlich zurückgehen. Dafür gibt es verschiedene Ursachen. Allerdings gibt es in Kassel einen großen Bedarf an den Angeboten gerade der Abendhaupt- und Abendrealschule. Viele Jugendliche verlassen in Kassel die Schulen, ohne den von ihnen angestrebten Schulabschluss erreicht zu haben. Deshalb unternimmt das Kollegium der Abendschule große Anstrengungen, diese Entwicklung wieder umzukehren und so unser Angebot

für die Bewohner der Stadt und Region aufrechtzuerhalten und gegebenenfalls auszubauen. Dafür müssten sich eigentlich alle politischen Kräfte in der Stadt aktiv einsetzen.

Wenn Hessenkolleg und Abendschule auf dem Gelände in Rothenditmold zusammengelegt werden, muss die Anbindung an den städtischen Nahverkehr besonders in den Abendstunden verbessert werden.

Landesweit befindet sich die Erwachsenenbildung in einer Umbruchsituation. Die Landesregierung möchte unter dem Titel Hessen-Campus die verschiedenen Akteure vor Ort zusammenbringen. Wie beurteilst du diese Bestrebungen?

Eine Zusammenarbeit verschiedener Bildungsträger ist sinnvoll und es gibt sie ja auch schon. So arbeitet die Abendschule seit einem halben Jahr mit VW-Coaching im Bereich des Nachholens des Hauptschulabschlusses in einer Klasse zusammen. Nächstes Jahr wird es dazu ein Angebot mit einem weiteren Bildungsträger geben. Das ist ein Ergebnis der oben erwähnten Anstrengungen des Kollegiums.

Aber bei dem Konzept Hessencampus, das bis vor wenigen Wochen noch Zentrum Lebensbegleitenden Lernens hieß, geht es um etwas ganz anderes. Seit Jahren gibt es einen großen Sockel von Jugendlichen, die keine Lehrstelle bekommen, so dass ihnen der Eintritt in das duale System der Berufsausbildung (Einheit von Ausbildung in Betrieb und Berufsschule) verwehrt wird. Es klemmt beim Übergang von der Schule in den Beruf. Darauf kann man unterschiedlich reagieren: Man kann die Unternehmer nachhaltig an ihre Ausbildungsverpflichtung erinnern. Oder man entwickelt für diese Jugendlichen eine Ersatz- und Schmalspurausbildung durch sogenannte „Module“. In diese Richtung geht das Konzept des Hessencampus. Der Regionalmanager Nordhessen Hol-

ger Schach sagt, wir brauchen Arbeitskräfte im Bereich Logistik, Tourismus und Wellness, und die Initiative Hessencampus Kassel schreibt das brav in ihr Konzept. Ob aber die in den so geplanten Weiterbildungsangeboten erwerbenden Qualifikationen ausreichen, das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch in fünf oder zehn Jahren ihre Arbeitskraft verkaufen können, diese Frage kümmert offenbar niemanden. Das ist keine solide Weiterbildungs politik. Eine Weiterbildung im Interesse junger Menschen und an den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer orientiert, müsste zunächst die Grundlagen einer tragfähigen Allgemeinbildung und Berufsbildung sichern. Nur wenn man darauf aufbaut, kann eine Berufsfähigkeit gesichert werden,



die nicht schon in wenigen Jahren wieder veraltet ist, sondern die dem Wandel der Arbeitswelt gerecht wird.

Wer noch keinen Haupt- oder Real-schulabschluss hat, sollte besser zu uns kommen, anstatt sich in irgendwelche „Module“ stecken zu lassen..

Kontaktadresse: Abendschule Kassel, Ysenburgstraße 41, 34125 Kassel, Tel. 0561 874054

Das Interview führte Martin Gertenbach

NAZI-INFOTISCH IN DER INNENSTADT

Nazis im Schafspelz

Montag für Montag dasselbe Schauspiel: In Kassels Innenstadt kreischt eine Hand voll alter Männer durch eine Mikrofonanlage rassistische und antisemitische Parolen.

Es werden Lieder von der „Schulhof CD“ der NPD gespielt und die rechtsextreme Zeitung „Unabhängige Nachrichten“ verteilt, die 1969 von Altnazis gegründet wurde. Auch Nazigrößen wie Mike Sawallich (Stellvertretender Vorsitzender der Jungen Nationaldemokraten Hessen, der Jugendorganisation der NPD) nehmen an den Infotischen teil. Diese Szenerie findet unter dem unscheinbaren Deckmantel: „Montagskundgebung Basisdemokratisch“ statt.

Nazis lügen und hetzen

Die Montagsdemos drückten im Herbst 2004 den Widerstand gegen die Hartz IV Gesetze der damals rot-grünen Bundesregierung aus. Der Protest richtete sich gegen die Tatsache, dass durch jene Maßnahmen nicht Arbeitslosigkeit bekämpft, sondern neue Armut geschaffen wird. Mit Widerstand im Sinne sozialer Gerechtigkeit haben die rechtsradikalen Montagsinfotische jedoch nichts zu tun.

Eine der beliebtesten Nazi-Parolen: „Die Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeit weg“ steht im Mittelpunkt ihrer Propaganda. Der Slogan ist so dumm wie er falsch ist: Die wirtschaftliche Entwicklung steht in keinem Verhältnis zum Anteil von AusländerInnen in einem Land. Etwa 8,9 Prozent AusländerInnen leben in Deutschland. Es gibt Länder mit einem weitaus höheren Migrantanteil, denen es wirtschaftlich besser geht (Schweiz mit 17 Prozent) und es gibt Länder mit geringerem Migrantanteil, die wirtschaftlich auch nicht besser da stehen als Deutsch-

land (Großbritannien vier Prozent). Menschen, die dennoch beharrlich an dem Vorurteil festhalten, sei gesagt: Es gibt nicht nur AusländerInnen in Deutschland es gibt auch Deutsche im Ausland. Schätzungen sprechen sogar von sieben Millionen Deutschen und Deutschstämmigen, die im Ausland arbeiten. Es sind nicht die MigrantInnen, die die Arbeitszeiten verlängern, Löhne kürzen, 1 Euro Jobs statt tarifliche Arbeitsplätze schaffen und Erwerbslose schikanieren, sondern es sind Regierungen und Unternehmer. Nazis lenken von den tatsächlichen Ursachen von Sozialabbau ab, indem sie MigrantInnen zum Sündenbock verfehlter Politik machen.

Gewalt ist Programm

Schlimmer noch: Mit ihrer Hetze gegen Ausländer und ihren rassistischen Vorurteilen rechtfertigen sie brutale Naziübergriffe auf all diejenigen, die nicht in ihre „deutschen Norm“ oder „Leitkultur“ passen. Opfer sind Menschen mit einer anderen Hautfarbe, einer anderen politischen Überzeugung, Menschen mit Behinderung usw. Die Infotische der Montagskundgebung reißen sich ein in andere Aktivitäten von Rassisten und Neonazis in Nordhessen. Diese reichen von Aufklebern bis hin zu Drohungen und tätlichen Angriffen, z.B. gegenüber SchülervertreterInnen, die an ihrer Schule Veranstaltungen gegen Rassismus durchgeführt haben. Hinter den Neonazis steckt seit jeher eine gewalttätige Ideologie, in deren Namen Millionen Menschen unter der brutalen Herrschaft der NSDAP ihr Leben lassen mussten. Faschismus ist nicht einfach eine politische Meinung, sondern ein Verbrechen.

Nazis stoppen

Deshalb sind Mobilisierungen und Widerstand gegen Naziaktivitäten notwendig. Die Kasseler Linke.ASG unterstützt deshalb das „Kasseler Bündnis gegen Rechts“ in seinen Aktionen gegen Nazis und setzt sich für ein solidarisches Kassel ein, indem Menschen unterschiedlicher Herkunft gleichberechtigt leben können. ■

BAHNPRIVATISIERUNG

Kuschen und kuscheln

„Mit mir als Ministerpräsidentin wird es keine Privatisierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der damit verbundenen Arbeitsplätze geben, keine Zerschlagung der Stadtwerke, keine Zentralisierung der Energieversorgung,...“, rief Andrea Ypsilanti kampfesmutig auf der 1. Mai – Kundgebung des DGB vor dem Kasseler Hauptbahnhof.

Einfluss scheint die neue Vorsitzende auf ihre Kasseler Genossen aber nicht zu haben. Die finden es masonmäßig gut, hier von der CDU links überholt zu werden. Unter den Schwarzen gibt es doch inzwischen eine ganze Menge, die aus ihren Fehlern der Vergangenheit gelernt hat. Ole von Beust (CDU), Regierender Bürgermeister von Hamburg, nach Verkauf der Stadtwerke an Vattenfall und massiven Preiserhöhungen: „Nochmal würde ich das nicht machen“.

Und was ist mit ihren Berliner Genossen? Unter der Führung ihres Parteifreundes und Verkehrsministers Tiefensee will die CDU/SPD jetzt endlich zur Pflege der Wirtschaft die Deutsche Bahn privatisieren, sie zu einem Bruchteil ihres Werts verramschen. Hier droht die gewaltigste Veruntreuung von Volksvermögen..

Nun, angesichts ihres Einsatzes in Kassel erwartete ich zumindest einen geharnischten Protestruf von der Kandidatin. Aber was kam da? Verhaltene Zustimmung!!! Man könnte doch hier eine Volksaktie auflegen, bezogen von Millionen von Anlegern, für eine Bürgerbahn. Die müsste keine großen Profite einfahren, sondern vor allem für vernünftige Verbindungen für alle Bahnnutzer sorgen, auch abseits der ICE-Rennstrecken.

Der Kommentator der WELT vom 3.8., Nikolaus Dol, schreibt Klartext: „Investoren wollen nach dem Einstieg Rendite sehen. Sie werden sehr genau darauf achten, welche Strecken sich rechnen. Die Bahn wird versucht sein, unter dem Einfluss privater Geldgeber ihre Mittel für Investitionen dort einzusetzen, wo sie sich am besten rechnen: für Paradestrecken beispielsweise oder die gewinnstarke Logistik. Der Regionalverkehr dagegen wird vom Börsengang nicht profitieren.“

Ypsilanti lässt sich sogar von Herrn Koch noch links überholen. Der hat Bedenken gegen eine ganz offen marktwirtschaftliche Privatisierung. Gegen eine Beteiligung der Bank of America oder des Heuschrecken-Fonds Cerberus hat er sich nicht verwahrt. Aber er äußert Angst vor russischen und chinesischen Heuschrecken! Gerhard Schröder am Regler des Gazprom-Zuges quer durch Deutschland, für ihn eine Horrorstellung.

Andrea Ypsilanti darauf: „Auch eine große Koalition in Hessen schließe ich nicht aus!“ Na Klasse, Koch bleibt am Lenker, Andrea klettert auf den Sozius, kuschelt sich ganz nah ran, und ab geht's. Zum Beispiel mit einer Bahn-Privatisierung mit sozialer Komponente – bundesweite Freifahrtscheine für alle Mitglieder der Großen Koalition. Natürlich 1. Klasse.

Axel Selbert, Stadtverordneter und Landtagskandidat Kassel-West



INTERVIEW MIT TAFEL E.V.

Die Tafeln - ein Spiegelbild des Sozialstaats

Interview mit Hans Mengerlinghaus/
Bundesvorstand Bundesverband
Deutsche Tafel e.V. und Länder-
vertreter für das Bundesland Hessen

Als Mitglied des Bundesvorstandes der Tafeln haben Sie einen Überblick über die Auswirkungen des sozialpolitischen Kahlschlags bundesweit. Welche Konsequenzen hat diese Entwicklung, besonders seit Hartz IV, also die immer größer geöffnete Schere zwischen Arm und Reich für die Tafeln bundesweit?

Die bundesweite Auswirkung lässt sich in erster Linie an dem rasanten Wachstum der Tafeln ablesen. Wenn wir vor 2 Jahren noch auf ca. 400 Tafeln zurückblicken konnten, die innerhalb von 10 Jahren kontinuierlich langsam entstanden sind, haben wir in den letzten 2 Jahren einen Zuwachs von ca. 300 Tafeln zu verzeichnen. Das sind 75% Zuwachs!

Verantwortlich für diesen enormen Zuwachs sind hauptsächlich die fortschreitende Globalisierung und der damit verbundene Abbau von Arbeitsplätzen, der in die unsägliche Situation von Hartz IV führt. Die Arbeitslosigkeit, die ursprünglich in den Ballungsgebieten zu spüren war, hat sich über das ganze Land verteilt. Menschen, die sich gestern noch nicht vorstellen konnten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und damit auch die Existenzgrundlage für die Familie, sehen sich heute plötzlich und unvorbereitet der sozialen Katastrophe ausgeliefert.

Die Tafeln, die eine Hilfestellung für diesen Personenkreis ermöglichen wollen, können nur versuchen, die größte Not zu lindern und die nötigste Grundversorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen.

Diese Grundversorgung soll nicht dazu beitragen, den Staat aus seiner Verantwortung zu entlassen, sondern sie soll lediglich eine Zusatzversorgung sicherstellen. Erschreckend an den Zahlen der versorgten Personen, die von den Tafeln statistisch festgehalten werden ist die Tatsache, dass ca. 30% Kinder und Jugendliche von der neuen Armut betroffen sind. Wir Tafel-Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen empfinden es als eine Schande, dass sich in einem so reichen Land wie Deutschland eine solche Entwicklung immer stärker abzeichnet.

Was können Sie über diese Entwicklung auf Hessen bezogen sagen?

Die prozentuale Entwicklung der Tafeln in Hessen ist identisch mit der Entwicklung der Tafeln bundesweit. Aus 30 Tafeln Anfang des Jahres 2005 sind 48 Tafeln 2007 geworden und die Prognose für Hessen liegt zum Jahresende 2007 bei 55 Tafeln.

Die Hälfte der hessischen Tafeln sind eigenständige Vereine, die ausschließlich von Ehrenamtlichen betrieben werden. Die andere Hälfte der Tafeln wird in Trägerschaft unterschiedlicher karitativer Einrichtungen mit ehrenamtlichen Helfern betrieben. Allein in Hessen sind ca. 2800 ehrenamtliche Helfer und Helferinnen im Einsatz, die an 150 Arbeitstagen in der Woche täglich ca. 18 000 Abholer, hinter denen durchschnittlich 2,5 zum Haushalt gehörende Personen stehen, zählen. Daraus ergeben sich wöchentlich 45 000 Personen, davon 15 000 Kinder und Jugendliche, die zusätzlich zur staatlichen Grundversorgung Lebensmittel erhalten.

Die durchschnittliche Lebensmittelmenge pro Person liegt in Hessen bei ca. 5,5 Kilo pro Abholung. Ca. 50 tafeleigene Transporter und ca. 120 private PKWs sorgen für die tägliche Belieferung der Ausgabestellen.

Früher sagte man, es sei nur eine kleine Schicht, die so arm sei, dass sie zur Tafel geht, um sich mit dringend notwendigen Lebensmitteln zu versorgen. Wie sieht es heute aus?

Der Anteil von Arbeitslosengeld II - bzw. Sozialgeldempfängern liegt heute bei 36,1%, 24,5% sind Spätaussiedler und Migranten, 2,2% Obdachlose und 37,2% Geringverdiener und Kleinrentner. Die Entwicklung in Hessen entspricht der oben geschilderten bundesweiten Situation.

Die Tendenz, die sich aus dieser Entwicklung ganz klar ergibt beim Vergleich der Tafelumfrage vom Sommer 2005 und Mai 2007 ist folgende:

- Steigende Anzahl Bedürftiger (+ 40%) bei rückläufiger Menge von Lebensmit-

teln pro Tafelkunde (- 15%)

- Zunehmende Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen
- Verstärktes Engagement bei den Tafeln von Ehrenamtlichen (+28%)
- Neben Tafelneugründungen zunehmende Eröffnung von Ausgabestellen/Filialen bestehender Tafeln in kleinen Orten (+ 52%)

Die Tafeln legen Wert darauf, dass vollwertige Lebensmittel zur Verteilung kommen, bei denen das Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) noch nicht erreicht bzw. kurz überschritten ist. Im Gegensatz dazu werden Waren mit der Angabe „zu verbrauchen bis“ nach Ablauf dieses Datums keinesfalls in den Verkehr gebracht.

Was müsste Ihrer Meinung nach geschehen, um diese skandalöse Situation zu ändern?

1. Die Verhinderung von weiterem Abbau von Arbeitsplätzen.



2. Anpassung der Sozialleistungen an die tatsächlichen Lebensbedürfnisse der Menschen, um ein menschenwürdiges Leben zu gewährleisten. Bei 3,70 Euro pro Tag für Frühstück, Mittag- und Abendessen ist nicht zu erwarten, dass der soziale Frieden in unserem Land sichergestellt werden kann.
3. Spürbare Verbesserungen der Leistungen, damit Kinder und Jugendliche aus der Armutshölle herauskommen, um eine eigene Perspektive für ihr Leben überhaupt entwickeln zu können.

Herr Mengerlinghaus, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer

STADTENTWICKLUNG

Aus Plan A wird Plan B

Die Stadt hat sich vom selbst ausgesuchten Wunschpartner HBM getrennt.

Nach langem Vorlauf hatte sie sich nach einer Ausschreibung für diese Firma entschieden. HBM war die einzige Firma, die versprach, ganz ohne öffentliche Zuschüsse beim Betrieb der Arena auszukommen. Ob es naiv war, das zu glauben, sei dahingestellt. Insidern und Interessierten war schon lange bekannt, dass es - abgesehen von der Schalke-Arena - keine derartige Halle in der Republik gibt, die ohne öffentliche Zuschüsse beim Betrieb auskommt.

Fest steht, dass die Stadt - auch wenn wir eine Reihe von Kritikpunkten hatten - ihren Teil der Aufgaben konsequent und zügig, letztlich professionell und zuverlässig



Kulturfabrik Saltzmann auf dem Weg zur Volkswagen factory?

erledigt hat. Ob die Begrenzung der städtischen Mittel auf 11,5 Mio. Euro ausgereicht hätte, die geplanten Erschließungsmaßnahmen tatsächlich herzustellen, nachdem schon die Sportplätze frühzeitig aus der Finanzierung herausgenommen worden sind (was einer Aufstockung der Mittel der Stadt gleichkommt), ist mehr als fraglich.

Nachdem der Oberbürgermeister HBM nun endgültig den Stuhl vor die Tür gestellt hat, gilt es jetzt, verschiedene Fragen

neu aufzuwerfen und zu beantworten, weil der neue Arena-Standort natürlich auch Schwierigkeiten mit sich bringen wird. Das darf, bei aller augenblicklichen Euphorie bei Bürgern, Politik und HNA, bei aller Begeisterung des Investors Rossing, der jetzt eine rosige Zukunft für sein schwieriges Salzmann-Denkmal heraufziehen sieht, nicht vergessen werden.

Nach den Erfahrungen mit HBM gilt jetzt natürlich um so mehr, dass die Stadt - vor Verhandlungen über kommunale Kostenbeteiligung und städtische Planungsleistungen etc. - auf einem Gesamtkonzept bestehen muss. Dieses Konzept muss Lösungen für die Eissporthalle (sie wird als Trainingshalle für die Huskies benötigt) und Garantien für den Erhalt der vielfältigen und aktiven kulturellen Szene in der Salzmann Fabrik beinhalten. Das Konzept des Investors muss außerdem den Nachweis führen, dass der Arena-Betrieb ohne öffentliche Zuschüsse langfristig aufrecht erhalten werden kann und dass die zentralen Fragen des Verkehrs - Erreichbarkeit und ausreichend Stellplätze - befriedigend beantwortet werden können. Rossing muss auch klären, ob die Nähe zur Wohnbebauung planungsrechtlich überhaupt in den Griff zu bekommen ist. Statt jetzt schon wieder von Terminen zu reden und in der HNA zu verkünden, wann das erste Spiel der Huskies angepfiffen werden kann, sollten diese Punkte öffentlich und parlamentarisch ausdiskutiert und als klare Vorgabe für Verhandlungen mit dem Investor in den Raum gestellt werden.

Natürlich ist die Möglichkeit für viele verlockend, das auf den Giesewiesen „verbrannte“ Arena-Projekt jetzt in der Salzmann Fabrik zu realisieren. Das ist deswegen mehr als verständlich, weil damit gleichzeitig mehrere Probleme auf einmal gelöst werden könnten: der Stadtteil Bettenhausen und der gesamte Kasseler Osten wird aufgewertet, das wichtige Industriedenkmal Salzmann und seine über die Jahre gewachsenen kulturellen Nutzungen können erhalten werden und Sport und Kultur bekommen die von vielen herbeigesehnte Arena. Nur: neben den schon genannten Problemfeldern Verkehr und Lärm sind auch in Bezug auf die Kosten noch viele Fragen offen und klärungsbedürftig, u.a. weil aus Platzgründen bei diesem Standort nur ein oder mehrere Parkhäuser die Probleme mit dem ruhenden Verkehr lösen

können. Und das kostet natürlich deutlich mehr als schlichte Parkplätze auf der grünen Wiese. Außerdem wird die Sanierung und der Umbau des Industriedenkmal erheblichen Aufwand verursachen.

Die Kasseler Linke.ASG bleibt dabei, dass bei städtischen Zuschüssen immer auch in Alternativen gedacht wird und die Balance zu anderen wichtigen kommunalen Maßnahmen gewahrt sein muss. Eine öffentliche Finanzierung von VIP Logen- oder Parkplätzen darf es natürlich nicht geben, solange an allen Ecken und Enden Mittel für wichtige soziale Maßnahmen einfach fehlen. Und was die Mittel aus anderen öffentlichen „Töpfen“ angeht - z.B. aus dem EFRE-Strukturfond der EU, aus dem Denkmaltopf des Landes oder Geld aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) - so ist sorgfältig abzuwägen, ob diese Gelder in Zusammenhang mit der Arena oder doch besser an anderer Stelle einzusetzen sind.

Und ganz zum Schluss sei daran erinnert, dass es noch eine offene Rechnung gibt: War die Zusage von HBM, den Betrieb der Arena gänzlich ohne öffentliche Mittel sicher zu stellen, von vorne herein eine gezielte Fehlinformation oder Täuschung? Wer sich im Internet die Story des Engagements der HBM-Gruppe z.B. beim Stadionbau in Dresden genau ansieht, stellt fest, dass es offensichtlich eine „Masche“ ist, sich per Ausschreibung erst den Auftrag und das exklusive Verhandlungsrecht an Land zu ziehen und dann peu á peu mit millionenschweren Nachforderungen auf die Kommunen zu zukommen. Wenn HBM die Stadt über den Tisch ziehen wollte und Zusagen nicht eingehalten hat, hat die Stadt dann keine berechtigten Ansprüche in Bezug auf die Rückerstattung der Kosten, die insbesondere durch die Vergabe externer Aufträge entstanden sind?

Zusammengefasst gibt es gute Gründe, auf der einen Seite HBM mit Ansprüchen zu konfrontieren, die sich aus der Vorspiegelung falscher Tatsachen ableiten lassen und auf der anderen Seite dem neuen Investor klar zu machen, dass vor den Verhandlungen über vertragliche Lösungen erst einmal eine ganze Reihe von Grundsatzfragen zu klären sind. Schnellschüsse lohnen sich nicht, für niemanden.

Drake Schmidt

NACHRICHTEN AUS DER FRAKTION

Nicht locker lassen**Calden und die Demokratie**

Die Bürgerinitiativen haben eine Petition zum Flughafen Calden an das Stadtparlament gerichtet, in der der Neubau in Frage gestellt wird. Die Kasseler Linke hat in einem Antrag gefordert, dass sich die Stadtverordnetenversammlung mit der Petition beschäftigt und darüber entscheidet. CDU, SPD und FDP war dies offensichtlich zu viel Bürgerkontakt und auch lästig, sich erneut mit den Unzulänglichkeiten des Vorhabens auseinander zu setzen. So wurde über die Petition nicht beraten und die Petenten erhielten nur einen Brief des Stadtverordnetenvorstehers, der auf die fehlende Regelung in der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung hinweist.

Der Antrag, das Beteiligungsrisiko der Stadt Kassel an der Flughafen GmbH zu prüfen, ist noch nicht im Stadtparlament behandelt worden. Hintergrund des Antrags ist die verheerende Bilanz für einen Flughafenneubau Calden in der Doktorarbeit von Ulrich Hüp. Eine Antwort auf die zu erwartenden Kostensteigerungen der inzwischen mehrere Jahre alten Schätzung verweigerte das Land Hessen. Die Frage der Verteilung der Zusatzkosten blieb ebenfalls unbeantwortet. Das bedeutet für die Stadt Kassel, den Landkreis Kassel und die Gemeinde Calden, dass sie mit zusätzlichen Belastungen ihrer bereits klammen Haushalte rechnen müssen.

Städtische Werke Verkauf abgewendet

Wenn man in den letzten Monaten die Lokalpresse verfolgte, gewann man immer mehr den Eindruck, dass OB Hilgen ein totes Pferd reitet. Immer wieder versuchte er, die im Frühjahr zunächst gescheiterte Privatisierung der Städtischen Werke in der Diskussion zu halten. Der letzte Versuch von OB Hilgen zur Vorbereitung eines Verkaufs scheiterte in der ersten Stadtver-

ordnetenversammlung nach der Sommerpause. Für den Start eines Bieterverfahrens stimmten dort lediglich SPD und FDP-Fraktion.

Die Kasseler Linke.ASG hat sich von Anfang an der Debatte um die Zukunft der Städtischen Werke konsequent gegen jegliche Versuche einer Privatisierung ausgesprochen. Nach einigem Hin und Her sind auch die Grünen auf Ablehnungskurs gegangen und selbst die CDU wollte zunächst Zahlen auf dem Tisch haben, bevor sie über weitere Schritte reden wollte. Bleibt die SPD-Fraktion, die sich als Ganzes unter dem Druck von OB Hilgen und Kämmerer Barthel gebeugt hat, obwohl es in ihren Reihen einige Kritiker an der geplanten Privatisierung der Werke gibt.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass Hilgen an der Wettbewerbsidee festhält, weil er das Projekt zur Chefsache erklärt hat. Eine dünne Grundlage, vor allem, wenn man überlegt, worum es geht und wie weit er mit anderen Chefsachen gekommen ist. Die Multifunktionshalle lässt grüßen.

Sozialdaten fehlen

Wenn die Kasseler Linke den Magistrat nach Zahlen über die Kosten der Unterkunft oder Qualifizierungsangebote für Langzeitarbeitslose fragt, stößt man auf eine Mauer der Unwissenheit. Es liegen - nach dem Sozialdezernenten Dr. Barthel - keine Daten über die Anzahl der Personen, die bei der AFK verschuldet sind oder über die Höhe der AFK-Darlehen vor. Außerdem gibt keine Daten über die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, die nicht mehr die volle Miete bezahlt bekommen, weil die über der Pauschale liegt. Keine Zahlen gibt es darüber, wie viel Langzeitarbeitslose in den Genuss der Qualifizierungsangebote kommen, noch welche Summe für die Gruppe derer zur Verfügung steht, die am meisten durch Hartz IV ausgegrenzt wird. Und warum? Weil die Software der Bundes-

sich nur, warum keine eigenen Daten erhoben werden. Sie müssten schlicht die Beiträge der Einzelnen SachbearbeiterInnen addieren, bei der Anzahl der Bedarfsgemeinschaft würden einfache Strichlisten genügen. Es fällt schwer zu glauben, dass eine Verwaltung, die über die Leistungsempfänger Auskünfte bis hinein in die letzte Kommastelle und ins Intime abfragt, dieses einfachen Rechnungen nicht vornimmt. Aber egal, ob sie die Zahlen haben oder nicht - sie erheben sie nicht, weil sie sie nicht öffentlich machen wollen. Wenn

**Was ich nicht weiß,
macht mich nicht angreifbar**

Arbeitsweise der Sozialverwaltung

es eindeutige Zahlen über das Ausmaß des sozialen Unrechts gäbe, wären Kritik und Gegenwehr leichter zu organisieren. Die Verwaltung hat die Pflicht zu informieren - es ist ein Skandal, dass sie es nicht tut.

Das ist aber bei weitem nicht die einzige Verletzung der Informationspflicht. Wie uns unabhängige Beratungsstellen berichtet haben, die zusammen im Jahr 2006 mehr als 1200 Personen ausführlich in Fragen vom ALG II beraten haben, informieren viele SachbearbeiterInnen die Antragsteller nicht über ihre Rechte oder sogar falsch. Beispiel hierfür ist das Verbot unangemeldeter Hausbesuche oder das Recht, zum Termin bei der AFK mit Unterstützer zu kommen. Der Eindruck der Beratungsstellen ist eindeutig: Das ist Prinzip! Die Leistungen sollen eingespart werden, egal wie die Rechtslage ist. Einzelfallentscheidungen bedeuten für die Betroffenen häufig Willkür und Ausgeliefertsein.

Die Kasseler Linke.ASG macht die entwürdigende, verunsichernde und entrechtende Praxis der AFK in der Stadtverordnetenversammlung zum Thema. Die Kasseler Erwerbsloseninitiative und der verdi-Erwerbslosenausschuss veranstalten zu diesem Zweck einen Kasseler Erwerbslosentag am 26. September im Philipp-Scheidemannhaus, zu dem alle Betroffenen, alle BeraterInnen und UnterstützerInnen eingeladen sind. Auch die Beratungsstellen sind es leid, immer nur in Einzelfällen zu erreichen, dass Antragsteller zu ihrem Recht kommen und wollen in Zukunft gemeinsam auch politisch Forderungen an Stadt und AFK stellen. Petra Aulepp

anstalt diese Erkenntnisse nicht hergibt - großes Bedauern bei Herrn Ruchhöft, Leiter der AFK und Chef des Kasseler Sozialamtes. Fragt



ORGANISATION

Die Linke Kassel Stadt

Mitglieder der ehemaligen Linkspartei und ehemaligen WASG gründeten den Kreisverband der Partei DIE LINKE in der Stadt Kassel.

Die Gründungsversammlung des neuen Kreisverbandes fand im Juni 2007 statt. Sie hat nach der Beratung und Beschlussfassung über die neue Kreisverbandssatzung die Mitglieder des Kreisvorstandes gewählt.

Im Vorstand sind Edith Pfaff- Schneider, Angela Kochler, Ann Schomburg, Mareike Zingsem, Carsten Büchling, Andreas Huhn und Gerald Kleinhempel als Sprecher.

Da Ann Schomburg in die Fraktion Kasseler Linke.ASG nachrückte und die Kreisatzung der LINKEN die Trennung von Amt und Mandat vorsieht, trat sie leider schon kurz nach der Wahl als Vorstandsmitglied und stellv. Sprecherin zurück. Sobald eine Kandidatin gefunden ist, kann eine Nachwahl stattfinden.

DIE LINKE. Kassel-Stadt
Schillerstraße 21
34117 Kassel
www.linke-kassel.de
vorstand@linke-kassel.de

Regionalbüro Nordhessen
regionalbüro@linke-kassel.de
Tel. / Fax: 0561 – 920 1503
Anschrift siehe oben
Regionalmitarbeiter Frank Habermann

Direktkandidat und Direktkandidatin der LINKEN für Kassel zur Landtagswahl 2008 sind:



Axel Selbert, Direktkandidat für Wahlkreis 3 (westliche Stadtteile)
www.die-linke-hessen.de

► Harz IV Gruppe

Die Linke hat eine Arbeitsgruppe zu Harz IV gegründet. Kontakt: über das Büro Daten siehe oben.



Mariana Schott Direktkandidatin für Wahlkreis 4 (östliche Stadtteile).
www.marjana-schott.de

+ DIE + LINKSZEITUNG

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke.ASG erlaubt, den Namen weiterzuverwenden.

Impressum **linkS**zeitung

Herausgeber: Kasseler Linke.ASG
ViSdP: Norbert Domes
Obere Königstr. 8, 34117 Kassel
Tel 0561 787 3315,
E-Mail kontakt@Kasseler-Linke-asg.net
www.kasseler-linke-asg.net
Auflage: 6.000
Druck: Grafische Werkstätten
Satz und Layout: Leonie Blume

Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen,
Aktionen, Demos, ...

Donnerstag 27.9.07
Offene Fraktionssitzung,
Stadtverordnetenvorbereitung,
um 19 Uhr im Schlachthof,
R 3, Mombachstr. 12

Mittwoch 26.9.07
Erwerbslosentag in Kassel
Anmeldung siehe Artikel

Aktuelle Termine findest Du unter
www.kasseler-linke-asg.net

ERWERBSLOSENTAG

26.9.2007

Die Kasseler Erwerbslosen Initiative KEI lädt Euch ein, gemeinsam eine Bilanz zu ziehen, was drei Jahre Hartz IV gebracht haben. Dazu haben wir Frank Jäger von tacheles e.V. als Referenten gewonnen. Im Anschluss an die Diskussion über seinen Vortrag wollen wir in Kleingruppen mit Betroffenen, aber auch mit den Menschen, die Unterstützung anbieten, darüber sprechen, wie wir die Situation verbessern können.

Nach einer Pause mit Trinken und einer Kleinigkeit zu essen gibt Frank Jäger einen Überblick über Selbstorganisation von Erwerbslosen und Aktivitäten in anderen Orten.

Danach geht es am Nachmittag um die Situation vor Ort.

Mit Berichten und Informationen:

- Über die Probleme in der Beratungsarbeit
- Über Stärken und Schwächen der Erwerbsloseninitiativen
- Über die Initiative für einen Sozialpass
- Zu eigenen Vorstellungen und Perspektiven im Umgang mit Erwerbslosigkeit in Kassel

Ziel des Tages ist es, Kooperationen und Ideen für gemeinsame Projekte zu entwickeln. Zum Abschluss wollen wir eine Resolution verabschieden, die unsere Interessen und Forderungen zum Ausdruck bringt und einen Termin für ein nächstes Treffen vereinbaren.

Die verschiedenen Selbsthilfegruppen für Hartz IV - Betroffene und die Gruppen, die ihnen in Kassel unabhängige Beratung anbieten - werden mit Ständen über ihre Arbeit informieren.

Die Teilnahme ist kostenfrei.

Veranstalter: Kasseler Erwerbslosen-Initiative (KEI)
Postadresse: DGB-Haus, Spohrstr.6-8, 34117 Kassel

Kontakt:

Email: kei-kassel-2@gmx.de

Tel.: 0561/9706-152
(nur montags 9.30-14 Uhr)

Unterstützer:
Attac Kassel, DGB Region Nordhessen, Kasseler Linke.ASG